

„Wir sind gut aufgestellt“

Der Einsatz der Gewerkschaften hat sich gelohnt, ist die Bilanz des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer beim Rückblick auf das Wahljahr 2013. Die Große Koalition hat zumindest teilweise die gewerkschaftlichen Forderungen aufgegriffen.

Perspektiven. „Wir hatten einen langen Atem“, gute Kampagnen und waren als „Impulsgeber“ der politischen Debatten erfolgreich, betonte Michael Sommer auf der Jahresauftaktpressekonferenz des DGB in Berlin. Nach Jahren des schwarz-gelben Stillstandes bewege sich wieder etwas in Deutschland. Es gelte nun, abzuarbeiten, was die alte Koalition liegen gelassen habe.

Als fast schon historischen Erfolg wertet der DGB den von Union und SPD geplanten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Hier dürfe die Große Koalition nicht hinter den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zurückbleiben. Auch Nachbesserungen seien notwendig. Eine Mindestlohnkommission müsse „so früh wie möglich“ mit ihrer Arbeit beginnen, eine erste Anpassung nach oben sollte bereits 2016 erfolgen, fordert der DGB-Vorstand.

Richtige Weichen sind aus Sicht des DGB bei der teilweisen Abkehr von der Rente mit 67 durch den abschlagsfreien Rentenzugang ab 63 nach 45 Versicherungsjahren gestellt worden. Kritisch sieht der DGB dagegen die Finanzierung der Mütterrente aus der Rentenkasse. Außerdem sei es „ein schweres Versäumnis“, dass nichts unternommen wurde, um den „Sinkflug des Rentenniveaus“ zu stoppen, stellt Sommer klar. Als einen Erfolg für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wertet der DGB die Stärkung der Tarifautonomie durch die geplante erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen.

Dennoch bleiben Wünsche offen. Optimistisch sieht der DGB-Vorsitzende das Thema Werkverträge und Leiharbeit. Er geht davon aus, dass bei diesem Thema „noch etwas durchgesetzt werden kann“. Auch die Steuerpolitik „bleibt auf der Tagesordnung“ der



Europa ist das Schwerpunktthema am diesjährigen Tag der Arbeit. „Wir werden auf die Straße gehen und für ein Europa der Menschen kämpfen – sozial gerecht und demokratisch verfasst“, erklärte der DGB-Vorsitzende bei der Vorstellung des Plakats zum 1. Mai 2014.

Gewerkschaften. Weitere Schwachpunkte im Koalitionsvertrag sieht der DGB in der Bildungspolitik und im Verzicht auf einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung.

Ganz oben auf der Agenda der Gewerkschaften stehen 2014 die Europawahlen, was sich auch im Mai-Motto niederschlägt. Die Gewerkschaften wollen eine intensive Diskussion über Europa und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung. Sommer kündigte an, dass der DGB alles unternehme, damit die ArbeitnehmerInnen bei der Wahl nicht zu Hause blieben.

„Selten war die Gewerkschaftsbewegung so geeint“, so der DGB-Vorsitzende. Nicht nur politisch konnte sie Akzente setzen. Ein erster Blick auf die Mitgliederentwicklung bestätigt gute Zuwächse: „Wir werben fast 1000 neue Mitglieder an jedem einzelnen Tag.“ In der Krise habe sich gezeigt, dass Gewerkschaften nicht das Problem, sondern „Teil der Lösung“ sind. „Wir sind gut aufgestellt“, ist Michael Sommer sicher. ●

Mehr auf Seite 3

• INHALT

- 2 Online-Enzyklopädie**
Verdeckte PR unterwandert Wikipedia
- 5 Gelebte Demokratie**
DGB-Aktionen zu den Betriebsratswahlen 2014
- 7 Offene Hochschulen**
Mehr beruflich Qualifizierte sollen studieren

Smarte Vorlesung

Nachhaltigkeit. Nicht nur Mobiltelefone sind heute smart, auch die Wirtschaft der Zukunft wird neuerdings als „smart Economy“ bezeichnet. In einer gemeinsamen Ringvorlesung fragen DGB und Technische Universität Berlin, wie in dieser Ökonomie künftig gute Arbeit und nachhaltiger Wohlstand gesichert werden können. Unter dem Motto „Smart Economy – für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?“ referieren GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen in den Vorlesungen über Facetten des Themas. Mit dabei sind zum Beispiel Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall (am 28.1.), und der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis (am 4.2.). ●

! www.dgb.de/-/NSD

— • PLUS/MINUS —

+ Sevim Dagdelen (MdB/Die Linke) fordert eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Sie erklärt: „Wir müssen die Armut, nicht die Armen bekämpfen und nicht nur die willkommen heißen, die für die deutsche Wirtschaft ‚nützlich‘ sind.“

– Mit Blick auf ZuwandererInnen aus Bulgarien und Rumänien warnt CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, dass Deutschland zur sozialen „Reparaturwerkstatt“ Europas werde. Es dürfe keine Freizügigkeit in die sozialen Sicherungssysteme geben.

— • IM NETZ —

www.bit.ly/igb_map14

Interaktive Karte des IGB
„Verletzungen von Gewerkschaftsrechten weltweit“

Mütterrente aus der Steuerkasse

Finanzierung. Der DGB unterstützt den Ansatz der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mütterrente nicht aus der Rentenkasse zu finanzieren. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Wenn vor allem die CDU/CSU die bessere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente will, muss sie auch für die nötigen Steuermilliarden sorgen.“ Die Idee, das Geld aus der Rentenkasse zu nehmen ist für den DGB „mit einer nachhaltigen Finanzierung unvereinbar“. Deshalb müsse die Mütterrente sofort und nicht erst ab 2018 aus Steuermitteln bezahlt werden.

Die Zukunft der Rente entscheidet sich maßgeblich in dieser Legislaturperiode, warnt der DGB. Deshalb sei es wichtig jetzt eine Demografie-Reserve aufzubauen, „damit sich auch die jungen Generationen auf eine anständige Rente verlassen können“. Beitrags-erhöhungen hält Buntenbach ohnehin schon in den kommenden Jahren für unverzichtbar, um das Renten-niveau zu stabilisieren. An die Bundesregierung appelliert der DGB, „das Denken in Legislaturperioden zu überwinden, weil damit die Zukunft der Rente aufs Spiel gesetzt wird“.

! www.dgb.de/-/FYh

Kluges Konzept

Energie. Der DGB erwartet von der neuen Bundesregierung ein stimmiges Gesamtkonzept zur Energiewende. Statt Einzelvorschlägen müsse eine umfassende Strategie erarbeitet werden. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel sind die entscheidenden Ziele: Versorgungssicherheit, eine faire Kostenverteilung und intelligente Förderprogramme für mehr Energieeffizienz. Zudem müssten die Klimaziele erreicht werden.

In ein schlüssiges Konzept gehört die Anpassung der Fördersätze für neue Ökostromanlagen und mehr Verantwortung beim Einspeisen der erneuerbaren Energien in das Versorgungssystem. Einen neuen Ansatz, um die Kostenlast durch die bestehenden Anlagen zu senken, sieht der DGB in einem „Energiewendefonds“. Über einen solchen Fonds könnten die vorhandenen Kosten für Altanlagen finanziert werden.

Für Einkommensschwache soll ein „sozialer Strombasistarif“ eingeführt werden. Um die Kosten weiter zu senken, sollte die Entlastung der energieintensiven Unternehmen teilweise zurückgenommen werden. Die Ausweitung der begünstigten Betriebe durch die alte Bundesregierung müsse korrigiert und auf Betriebe im internationalen Wettbewerb beschränkt werden. Hexel fordert auch „mehr Transparenz“ darüber, welche Unternehmen einen Ausgleich erhalten und in welcher Höhe.

! www.dgb.de/-/FY6

Niedrige Löhne verstärken Kinderarmut

Kinder, die keine Winterkleidung besitzen oder nicht jeden Tag ein warmes Essen bekommen, gibt es auch in Deutschland. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat Kinderarmut in Deutschland untersucht. Es zeigten sich große regionale Unterschiede. Im Osten sind erheblich mehr Kinder betroffen als im Westen. Dabei reichen die Einschränkungen von der tägli-

chen warmen Mahlzeit bis zum fehlenden Geld für einen Kinobesuch. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das Ergebnis nicht zuletzt „eine Folge des riesigen Niedriglohnsektors“. Es seien aber auch Reformen beim Kinder- und Wohngeld notwendig. Ein höheres Kindergeld für Einkommensschwache würde gezielt dort ankommen, wo es benötigt werde.

! www.bit.ly/ArmutWSI

Einfluss nehmen

Entsendung. Der DGB-Bundesvorstand hat ein Positionspapier zur Durchsetzungsrichtlinie erarbeitet. Die Gewerkschaften erwarten bei den anstehenden Verhandlungen in Brüssel vor allem Änderungen bei den Kontrollmöglichkeiten. Außerdem dürfe es na-

tionalen Behörden nicht untersagt werden, ihre Kontrollmaßnahmen anzupassen und weiterzuentwickeln – und zwar, ohne dass die Kommission solche Änderungen genehmigen müsse. Unterstützung erwarten die Gewerkschaften für ihre Vorschläge vom Europäischen Parlament, das sich für Verbesserungen einsetzen soll.

TELEGRAMM

Flexible Arbeitsmodelle für Väter fordert der DGB. Vollzeitarbeit mit starren Regelungen lasse sich nur schwer mit Familienarbeit verbinden. „Betriebe und Verwaltungen müssen Konzepte entwickeln, die sich an den Lebensphasen der Beschäftigten orientieren“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Kritik an den Vorgaben der Troika für die Krisenländer gab es bei einer Anhörung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EU-Parlaments. Die Maßnahmen hätten bislang nicht zu Wachstum

und mehr Wettbewerbsfähigkeit geführt, erklärten die Experten.

Einen Kurswechsel fordert der DGB für Griechenland. Das Land stecke in einer tiefgreifenden Depression. Die optimistischen Einschätzungen, dass der Staatshaushalt Überschüsse einfahre, teilt der DGB nicht. Das Plus im Haushalt gebe es vermutlich nur, weil öffentliche Gehälter und Rechnungen noch nicht bezahlt wurden. Zudem habe sich der Tourismusboom auf den Arbeitsmarkt praktisch nicht ausgewirkt.

! www.dgb.de/-/FYz

Werbung durch die Hintertür

Vorsicht. Nicht alles was im Internet-Lexikon Wikipedia steht, ist richtig. Das ist auch den meisten klar, die sich dort informieren.



Doch nicht nur Fehler können sich einschleichen. Die beliebte Nachschlage-Datenbank wird zunehmend von Unternehmen und ihren Werbe- und PR-Abteilungen im eigenen Interesse manipuliert. Der Journalist Marvin Oppong untersuchte im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung das System Wikipedia. Sein Fazit: Die internen Strukturen der Mitmach-Enzyklopädie seien nicht in der Lage, „PR effektiv zu verhindern und Manipulationen zu unterbinden“. Die Studie „Verdeckte PR in Wikipedia – das Weltwissen im Visier von Unternehmen“ gibt es kostenlos über die Stiftung – auch als Download.

! www.otto-brenner-stiftung.de

Mehr Qualität

Ausbildung. Nach einer Studie des Beratungsunternehmens McKinsey ist jeder vierte Arbeitgeber mit der schulischen Qualifikation seiner Auszubildenden unzufrieden. Auch über unbesetzte Stellen klagen die Unternehmer. Von den Jugendlichen kommt ebenfalls Kritik. So würde sich jede/r Dritte nicht noch einmal für die gleiche Ausbildung entscheiden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sieht Handlungsbedarf. Unter anderem fordert sie die Einführung einer „assistierten Ausbildung“. Zudem sollten die jungen Menschen auch adäquat bezahlt werden.

Kontinuität und Wandel

Vom 11. bis 16. Mai stellt der DGB-Kongress in Berlin die inhaltlichen und personellen Weichen für die Politik des Bundes der Gewerkschaften für die nächsten vier Jahre.

DGB-Kongress. 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB versammeln sich im Mai in Berlin zum 20. Parlament der Arbeit. Das Motto des höchsten Beschlussorgans des DGB ist „Arbeit – Gerechtigkeit – Solidarität“. Eines der Hauptthemen des Kongresses wird eine neue Ordnung der Arbeit sein, Europa ein weiteres, wenige Tage vor der Europawahl am 25. Mai. Ziel dabei ist es, die gute und erfolgreiche inhaltliche Arbeit der letzten Jahre fortzuführen.

Auch an der DGB-Spitze setzen die Gewerkschaften auf Kontinuität und Wandel. Gewählt wird auf dem Kongress der neue Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV). Dieser wird – wie auf dem Kongress 2010 beschlossen – auf vier Mitglieder verkleinert. Auf der Bundesvorstandsklausur Mitte Januar haben die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften ihre KandidatInnen vorgeschlagen. Als Nachfolger von Michael Sommer, der nach zwölf Jahren an der Spitze des DGB nicht mehr zur Wiederwahl antritt, nominierten die Vorsitzenden Reiner Hoffmann. Hoffmann leitet seit 2009 den IG BCE-Landesbezirk Nordrhein, nachdem er zuvor unter anderem stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel war. Der 58-Jährige ist bereits im Oktober zum Nachfolger von Claus Matecki gewählt worden und nimmt seine Tätigkeit im GBV am 1. Februar auf. Claus Matecki scheidet Ende Januar aus dem Vorstand altersbedingt aus, ebenso wie Vorstandsmitglied Dietmar Hexel im Mai.

Elke Hannack wurde zur Wiederwahl als stellvertretende DGB-Vorsitzende nominiert. Das Amt hat



Reiner Hoffmann (links) soll neuer Vorsitzender des DGB werden. Die Vorsitzenden der DGB-Mitgliedsgewerkschaften haben ihn einstimmig als ihren Kandidaten für die Nachfolge von Michael Sommer nominiert. Entscheiden wird darüber am 12. Mai der DGB-Bundeskongress.

Weltkongress der Arbeit

IGB. Auch die internationale Gewerkschaftsbewegung trifft sich im Mai in Berlin. 1500 Delegierte aus rund 170 Ländern werden zum 3. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) erwartet. Der „Weltkongress der Arbeit“ findet im Anschluss an den DGB-Bundeskongress unter dem Motto „Building Workers’ Power“ statt. Michael Sommer, seit 2010 IGB-Präsident, freut sich, „dass es gelungen ist, diesen Kongress nach Berlin zu holen“. Auch über seine Nachfolge wird der Kongress entscheiden. ●

sie bereits seit Juni 2013 inne, nachdem sie zuvor sechs Jahre Mitglied im ver.di-Bundesvorstand war. Als weitere GBV-Mitglieder werden den Delegierten des DGB-Bundeskongresses Annelie Buntenbach und Stefan Körzell zur Wahl vorgeschlagen. Annelie Buntenbach ist seit 2006 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands und dort unter anderem verantwortlich für die Arbeitsmarkt-, Sozial-, Europa- und Migrationspolitik. Stefan Körzell ist seit 2002 Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Viele Jahre hat er sich ehrenamtlich im Organisationsbereich der IG Metall engagiert, seit 1990 ist er hauptamtlich für den DGB tätig. ●

— ● NACHGEFRAGT —

Seit dem 15. Januar ist es offiziell: Reiner Hoffmann, 58, ist der Kandidat für die Nachfolge des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, er wurde von den Vorsitzenden aller acht Mitgliedsgewerkschaften vorgeschlagen. Als Nachfolger von Claus Matecki gehört er dem GBV ab 1. Februar an. Welche politischen Akzente er setzen will, skizziert er in einem ersten Überblick.

„Das Vertrauen der Gewerkschaftsvorsitzenden freut mich sehr. Ich habe großen Respekt vor den Aufgaben und den Herausforderungen. Gleichzeitig sehe ich zahlreiche Chancen, sich für eine neue Ordnung der Arbeit stark zu machen und eine gesellschaftliche Debatte über den Wert der Arbeit voranzutreiben. Diese Chancen möchte ich gern nutzen.“

Der DGB und die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten eine Menge erreicht. Die Zustimmung zu den Gewerkschaften ist enorm gestiegen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD greift viele gewerkschaftliche Forderungen auf, vom gesetzlichen Mindestlohn über die Stärkung der Tarifautonomie bis zu Verbesserungen bei der Rente. Doch bleibt Vieles auch vage. Wir müssen weiter Druck machen – das

zeigen die aktuellen Debatten um Ausnahmen vom Mindestlohn. Wir müssen darauf drängen, dass die Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag auch tatsächlich umgesetzt werden. Und wir werden nicht aufhören, die Themen, die sich im Koalitionsvertrag nicht wiederfinden, weiter auf die politische Agenda zu setzen.

Der Mindestlohn allein reicht nicht, um gute Arbeit durchzusetzen. Die Menschen brauchen vernünftige Arbeitsbedingungen, damit sie gesund in Rente gehen können. Das gelingt am ehesten in den Betrieben, in denen Tarifverträge gelten und starke Betriebsräte gute Arbeit gestalten. Leider ist das keine Selbstverständlichkeit mehr. Immer häufiger setzen Arbeitgeber Beschäftigte unter Druck, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. Längst reichen die

Beteiligungsrechte von Betriebsräten nicht mehr aus, um miese Arbeit, etwa durch die Umgehung von Arbeitnehmerrechten durch Werkverträge, zu unterbinden. Betriebsräte brauchen mehr Rechte, um schlechte Arbeit zu verhindern und für gute Arbeit initiativ zu werden. Eine Reform der Betriebsverfassung ist überfällig. Bessere Arbeitsbedingungen, die Humanisierung der Arbeitswelt gehören wieder in den Fokus der Politik.

Das gilt für Deutschland ebenso wie für Europa. Statt auf einen rigiden Sparkurs und den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu setzen, muss der soziale Zusammenhalt in Europa in den Mittelpunkt der Krisenbewältigung rücken – gerade auch im Hinblick auf die Europawahlen im Mai.“ ●

Gemeinsames Erinnern

Gedenkveranstaltung. Am 27. Januar jährt sich zum 69. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. 2005 erklärten die Vereinten Nationen den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Zum vierten Mal versammeln sich in diesem Jahr VertreterInnen der GEW, des Verbands Bildung und Erziehung, der israelischen Lehrergewerkschaft Histadrut Hamorim sowie der polnischen Gewerkschaften NSZZ Solidarnosc und ZNP in Auschwitz, um an die Opfer und ihre Befreiung zu erinnern. Gemeinsam nehmen sie an der offiziellen Gedenkveranstaltung teil und legen Kränze nieder. Die

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe reist mit sieben jungen GewerkschafterInnen nach Polen. Am 28. und 29. Januar schließt sich dann in Warschau das gemeinsame Seminar „Der Holocaust im Unterricht – drei Perspektiven“ an. Junge LehrerInnen und GewerkschafterInnen wollen beraten, wie das Thema Schülerinnen und Schülern in Deutschland, Israel und Polen vermittelt werden kann und wie Pädagogen einen Beitrag zum „Nie wieder“ leisten können. Das Seminar findet im „Museum der Geschichte der polnischen Juden“ statt, das 2013 am ehemaligen Standort des Warschauer Ghettos eröffnet wurde. ●

Couragiert und engagiert

Programm. Das Jugendbildungsprogramm 2014 von Arbeit und Leben e.V. bietet jungen Menschen zwischen 14 und 26 Jahren wieder zahlreiche Seminare in ganz Deutschland. Unter dem Themen- und Projektschwerpunkt „Couragiert und engagiert für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“ werden 48 Workshops angeboten. Darüber hinaus gibt es weitere Veranstaltungen mit einer großen thematischen Bandbreite – von der Berufsorientierung über Nachhaltigkeit, Geschichte und Gender bis hin zu aktuellen politischen Themen. ●

www.bit.ly/Programm14

Internationale Frauenkampagne

Nicht nur in Aufsichtsräten von Unternehmen, sondern auch in den Entscheidungsgremien der Gewerkschaften sind Frauen weltweit unterrepräsentiert. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) will das mit seiner Kampagne „Count us in!“ – auf Deutsch „Rechnet mit uns!“ – ändern. Diana Holland, Vorsitzende des IGB-Frauenkomitees, betont, dass Erfahrungen und Fähigkeiten von Frauen besser für die Gewerkschaftsarbeit genutzt werden müssen. Mehr Frauen würden sich gewerkschaftlich organi-



sieren und engagieren, wenn sie auch in der Führungsebene repräsentiert seien. Ziele der Kampagne sind, dass 80 Prozent der IGB-Gewerkschaften bis 2018 mindestens 30 Prozent Frauen in ihren Führungsgremien haben und der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Einzelorganisationen um fünf Prozent steigt. So sei der Erfolg der Kampagne messbar, betont Diana Holland. Bis zum IGB-Kongress im Mai sollen 100 Mitgliedsorganisationen für die Kampagne gewonnen werden.

www.ituc-csi.org/count-us-in

Das ändert sich 2014

Ausblick. Elektronische Gesundheitskarte, höheres Briefporto und ein neues Punktesystem in Flensburg – in vielen Bereichen gelten seit dem 1. Januar neue Regelungen. Auch für Beschäftigte, Versicherte und BezieherInnen von Grundsicherung gibt es eine Reihe Änderungen. Die Hartz-IV-Regelsätze erhöhen sich ebenso wie die allgemeinverbindlichen Mindestlöhne in einigen Branchen. Wer 1949 geboren ist und 2014 abschlagsfrei in Rente gehen will, muss drei Monate über seinen 65. Geburtstag hinaus arbeiten. Die wichtigsten Veränderungen in den Bereichen Arbeit, Rente und Sozialversicherung hat der DGB online zusammengefasst. ●

www.dgb.de/-/Fe3

● INTERREGIO

Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, das vom **DGB Berlin-Brandenburg** mit initiiert wurde, schreibt zum 21. Mal das **Band für Mut und Verständigung** aus. Ausgezeichnet werden Menschen, die sich mutig gegen rassistische Gewalt stellen oder mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zur interkulturellen Verständigung beitragen. Vorschläge können bis zum 1. März eingereicht werden. www.respekt.dgb.de

Im August tritt das **„Übereinkommen über die Arbeit auf See“** der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Kraft, da nun die nötige Anzahl von Unterzeichnerstaaten erreicht wurde. Der **DGB Nord** sieht darin einen wichtigen „Schritt hin zu Guter Arbeit auf hoher See“. Die Konvention verbietet Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung an Bord. Reedern, die dagegen verstoßen, drohen Strafen. www.nord.dgb.de/-/F7L

Der **DGB NRW** sieht Nachbesserungsbedarf beim **Entwurf des Hochschulzukunftsgesetzes**, dessen Novellierung er grundsätzlich unterstützt. An vielen Stellen fehle es an Instrumenten, um die formulierten Ziele umzusetzen, so der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber. Er fordert rechtsverbindliche Regelungen, um die Arbeitsbedingungen der Hochschulbeschäftigten zu verbessern. www.nrw.dgb.de/-/Fea

Öffentlicher Dienst

Onlineportal. ver.di informiert mit einer neuen Internetseite junge Menschen über Laufbahnen und Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Mit 4,5 Millionen Beschäftigten ist er der größte Arbeitgeber Deutschlands. Noch immer haftet ihm das Image an, etwas langweilig und verstaubt zu sein. Damit räumt das Berufsportal auf. Die Seite hilft Interessierten mit Informationen zum „Traumberuf öffentlicher Dienst“ bei der Berufsorientierung und der Bewerbung. Registrierte ver.di-Mitglieder können sich einloggen, um aktuelle Stellenangebote bei Bund, Ländern und Kommunen einzusehen. ●

www.oeffentlicherdienst.de

● BUCHTIPP



Michael Breidbach, Klaus Hering, Wilfried Kruse: Globale Unternehmen – Lokale Interessenvertretung. Stahl-Betriebsräte „vor Ort“: machtvoll & ohnmächtig? Bremen als Beispiel. VSA-Verlag 2013, 364 Seiten, 24,80 Euro.

2002 trat bei den Bremer Stahlwerken, die damals zum Arcelor-Konzern gehörten, ein Programm zur Kostensenkung und Stellenabbau bei erhöhter Produktivität in Kraft. Es markierte eine

Zäsur für die lokale Interessenvertretung in einem globalisierten Konzern. Die Autoren legen die Vorgänge rund um die Rationalisierungen aus Sicht des Betriebsrats dar. Sie zeigen, wie die ArbeitnehmervertreterInnen sich für die Interessen der Belegschaft einsetzten und Arbeitsplätze erhalten konnten. Zahlreiche Beteiligte aus Politik, Management und Arbeitnehmervertretung kommen in Interviews zu Wort. Abschließend werden Zukunftskonzepte zwischen ganzheitlicher Strategie und Mehr-Ebenen-Ansatz für die Interessenvertretung in global agierenden Unternehmen beschrieben.

Gelebte Demokratie

Vom 1. März bis 31. Mai finden die turnusmäßigen Betriebsratswahlen statt. Unter dem Motto „Du hast es in der Hand“ begleitet der DGB mit vielerlei Aktivitäten den Wahlkampf der Mitgliedsgewerkschaften in den Betrieben.

Betriebsratswahlen 2014. Die Vorbereitungen der Mitgliedsgewerkschaften laufen auf Hochtouren. Alle vier Jahre haben Millionen ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft bei den turnusmäßigen Betriebsratswahlen die Chance, ihre demokratischen Rechte im Betrieb wahrzunehmen. Unter dem Motto „Deine Wahl – Deine Stimme – Betriebsratswahlen“ mobilisieren die DGB-Gewerkschaften für eine hohe Wahlbeteiligung und haben bereits im letzten Jahr gemeinsame Materialien zu den Betriebsratswahlen erstellt (einblick 18/2013).

Flankiert werden die Kampagnen der Mitgliedsgewerkschaften in Betrieben und Branchen von Aktivitäten des DGB. „Mit unseren Begleitaktionen unterstüt-

schaftskrise in den Unternehmen hat ihr Ansehen in Öffentlichkeit, Wirtschaft und Medien weiter erhöht. Die hohe Bedeutung der Betriebsratswahlen hat auch Bundespräsident Joachim Gauck unterstrichen. 2013 erklärte er: „Es braucht Mitbestimmung in den Unternehmen. Deutschland braucht die gelebte Demokratie im Arbeitsalltag.“

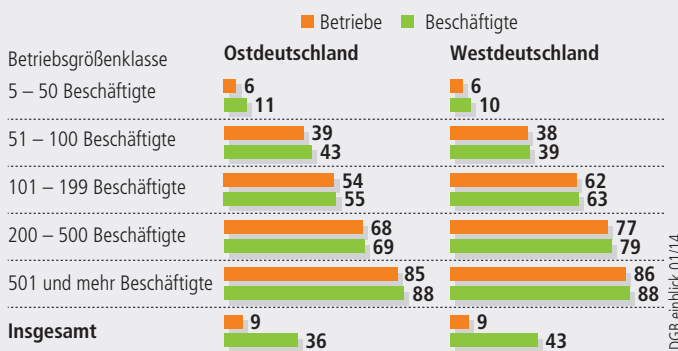
Allen Lobeshymnen auf die betriebliche Mitbestimmung zum Trotz sinkt die Zahl der Betriebe mit Betriebsrat stetig. Immer häufiger werden Fälle bekannt, in denen Unternehmen versuchen, Betriebsratswahlen zu behindern, oder Mitglieder bestehender Gremien von Arbeitgebern systematisch unter Druck gesetzt werden. Längst reichen die participationsrechte der



„Du hast es in der Hand“:
Die Botschaft der Begleitaktivitäten
des DGB zu den Betriebsratswahlen
2014 ist eindeutig.

Vor allem in Großbetrieben

Anteil der Betriebe und der Beschäftigten mit Betriebsrat nach Betriebsgröße in Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)



Die weißen Flecken auf der Landkarte der Mitbestimmung werden größer. Nur noch rund 43 Prozent aller Beschäftigten im Westen und lediglich 36 Prozent im Osten arbeiten in Betrieben mit Betriebsrat. Gerade mal jeder 17. Kleinbetrieb (bis 50 Beschäftigte) verfügt über einen Betriebsrat. Besser sieht es bei den Großbetrieben aus: Dort ist die Existenz eines Betriebsrates die Regel, 88 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 501 ArbeitnehmerInnen werden durch einen Betriebsrat vertreten.

zen wir den Wahlkampf der Mitgliedsgewerkschaften in den Betrieben“, erklärt Dietmar Hexel, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Mitbestimmungspolitik zuständig. „Damit machen wir das Thema Mitbestimmung in einer breiten Öffentlichkeit bekannter. Wer gut arbeitet, muss auch darüber mitbestimmen, wie die Arbeit organisiert wird. Mitbestimmung bedeutet, sein Arbeitsschicksal in die eigene Hand zu nehmen und nicht nur fremdbestimmt zu sein“, so Hexel. Unter dem Motto „Du hast es in der Hand“ sind eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten geplant und werden Materialien erstellt – von einer Auftaktveranstaltung Anfang März in Berlin über eine Toolbox für regionale Aktionen bis hin zu Megalights und Großflächenplakaten.

Es gibt kaum eine Form der Demokratie, die näher am Alltag der Menschen ist als die betriebliche Mitbestimmung. Ihre Akzeptanz unter den Beschäftigten ist hoch. Regelmäßig beteiligen sich mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten in den Betrieben an den Wahlen – eine Wahlbeteiligung, die viele politische Wahlen längst nicht mehr erreichen. Die Rolle der Betriebsräte bei der Bewältigung der Wirt-

Betriebsräte nicht mehr, um den veränderten Arbeitsbedingungen, neuen Technologien oder dem Anstieg prekärer Jobs gerecht zu werden.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes überfällig. Offensiv machen sie sich parallel zu den Betriebsratswahlen dafür stark. „Es ist nicht zu verstehen, dass die Große Koalition bisher dazu keine Vorschläge entwickelt hat“, sagt Dietmar Hexel. Betriebsräte bräuchten echte Mitbestimmungsrechte bei Leiharbeit und Werkverträgen, nicht nur bessere Informationsrechte. Sie müssten initiativ werden können, um gute Arbeit im Betrieb durchzusetzen. Vor allem müsse die Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit stärker sanktioniert werden. Wer einen Betriebsrat gründen will, brauche mehr Schutz. Gewerkschaftliche Vorschläge für eine Reform der Betriebsverfassung liegen seit langem auf dem Tisch. „Die Gewerkschaften werden nicht locker lassen und weiterhin einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung fordern. Mit Lobeshymnen auf die Mitbestimmung in den Sonntagsreden ist es nicht getan. Nun muss die Politik endlich liefern“, betont Hexel. ●

MEHR ZUM THEMA

Aktionen vor Ort

Zentrales Element der Begleitaktivitäten des DGB zu den Betriebsratswahlen 2014 sind Aktionen vor Ort, in den Bezirken, den Regionen und den Kreis- und Stadtverbänden. Dazu wird der DGB eine Toolbox mit den wichtigsten Materialien, den Give-aways, vielen Informationen und detaillierten Vorschlägen für Aktionen bereitstellen. Ob Infotouren im öffentlichen Nahverkehr oder Aktionen vor einzelnen Betrieben: Örtliche und regionale Gliederungen des DGB, die mit eigenen Aktivitäten für die Betriebsratswahlen werben wollen, können sich an Marie Seyboth (marie.seyboth@dgb.de) von der Abteilung Mitbestimmungspolitik beim DGB-Bundesvorstand wenden.

IM NETZ

www.dgb.de/-pZt

Der DGB hat in einem Dossier die wichtigsten Informationen zu den Betriebsratswahlen 2014 zusammengefasst.

— • KURZ & BÜNDIG —



Die NGG hat sich mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) auf einen Mindestlohtarifvertrag in der Fleischwirtschaft geeinigt. Demnach steigt der Mindestlohn von anfangs 7,75 Euro über mehrere Stufen auf 8,75 Euro im Jahr 2016. Es gibt keine Differenzierung zwischen Ost und West. NGG-Verhandlungsführer Claus-Harald Güster betont: „Alle in der deutschen Fleischbranche tätigen Menschen sind damit – endlich – gleichermaßen gegen die übelsten Formen des Lohndumpings geschützt.“



ver.di fordert, Pflegeberufe deutlich aufzuwerten. „Qualifizierte Pflegefachkräfte, die Vollzeit arbeiten, müssen mindestens 3000 Euro brutto monatlich verdienen“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Mit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen müsse eine angemessene Bezahlung durchgesetzt werden.



Die IG Metall NRW hat sich gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Metall NRW auf den ersten bundesweiten Flächentarifvertrag für IT-Dienstleister verständigt. Als erstes Unternehmen hat der IT-Dienstleister Atos den Tarifvertrag unterzeichnet und übernimmt künftig Tarifierhöhungen für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie.



Die GdP fordert eine bundesweite Datei für Intensivstraftäter in der Fußballszenen. Unter anderem müssten Standards für Meldeauflagen gesetzt werden. Bekannte Gewalttäter sollen demnach bei Auswärtsspielen gar nicht erst anreisen können, sondern sich bei der Polizei melden.

Kongresse und Wahlen

Termine 2014. DGB-Bundeskongress, IGB-Kongress, Kommunal-, Landtags- und Europawahlen – auch das Jahr 2014 ist wieder ein Superwahljahr. Unter dem Motto „Arbeit – Gerechtigkeit – Solidarität“ werden die Delegierten des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom 11. bis 16. Mai in Berlin den Kurs für die kommenden vier Jahre beschließen und einen neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand wählen. Im Anschluss tagt vom 18. bis zum 23. Mai der IGB-Weltkongress in Berlin. Am 25. Mai sind die BürgerInnen in ganz Europa zur Wahl eines neuen EU-Parlaments aufgerufen. Zudem finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Auch die Beschäftigten in den Betrieben haben die Wahl. Vom 1. März bis zum 31. Mai können sie ihre Stimme bei den turnusgemäßen Betriebsratswahlen abgeben. Drei Landtagswahlen beschließen das Wahljahr 2014: So wird in Sachsen am 31. August und in Thüringen und Brandenburg am 14. September gewählt. ●

20.-21.1.	IG Metall, Facility-Management-Tagung , Frankfurt am Main
28.1.	IG Metall, Sozialpolitisches Forum , Frankfurt am Main
12.-13.2.	DGB, Hans-Böckler-Stiftung, 10. Konferenz für Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen , Berlin
19.2.	DGB Bayern, Start der Kampagne zu den Kommunalwahlen in Bayern am 16. März
20.-21.2.	Hans-Böckler-Stiftung, DGB, Tagung „6. Hochschulpolitisches Forum“ , Berlin
8.3.	Internationaler Frauentag
21.3.	Equal Pay Day
25./26.3.	DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Rechtspolitischer Kongress , Berlin
27.3.	Girls' Day
28.3.	ver.di, WSI, Tagung „Arbeitsmarktpolitik für Migrantinnen und Migranten“ , Berlin
2.4.	GEW, 5. Follow-up-Kongress zum Templiner Manifest , Berlin
1.5.	DGB und Gewerkschaften, Tag der Arbeit, zentrale Kundgebung in Bremen
1.5.-15.6.	Ruhrfestspiele Recklinghausen
6.-7.5.	ver.di, Potsdamer Forum , Potsdam
11.-16.5.	DGB, 20. Ordentlicher Bundeskongress , Berlin
18.-23.5.	IGB, 3. IGB-Kongress , Berlin
19.-21.5.	ver.di, Internationale Arbeitertage , Linz
25.5.	Europawahl
29.5.-1.6.	IG BCE, Bundesjugendtreffen „Europa PUR“ , Reinwarzhofen
9.-13.6.	NGG und andere, Internationale Kakao-Konferenz , Amsterdam/Niederlande
19.-22.6.	IG BAU, Sunrise Festival , Steinbach (Taunus)
7.10.	IGB, Welttag für menschenwürdige Arbeit
8.-11.10.	GEW, 8. GEW-Wissenschaftskongress , Haltern am See
10.10.	DGB, Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit
15.-16.10.	IG BCE, Betriebsrätejahrestagung , Hannover
29.-31.10.	Deutscher Betriebsräte-Tag , Bonn
4./5.11.	EVG, Kleiner Gewerkschaftstag , Fulda
10.-12.11.	GdP, Bundeskongress , Berlin

Stand 16. Januar 2014

Energieeffizienz gestalten

DGB-Fachtagung. 2014 soll die Europäische Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Für die Gewerkschaften steht fest: Energieeffizienz birgt enormes Potenzial, auch auf dem Arbeitsmarkt. Um Maßnahmen in

den Betrieben umzusetzen, sind auch die Beschäftigten gefragt. Der DGB lädt am 29. Januar zu einer Fachtagung nach Berlin ein. Unter dem Motto „Energieeffizienz schafft Beschäftigung“ diskutieren Vertreter und Vertreterinnen aus

Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik Fragen und Lösungen. Unter anderem geht es um die Chancen einer ambitionierten Energiepolitik in Europa und Deutschland. ●

! www.dgb.de/-/Fh6

Druck auf Telekom-Beschäftigte

Die Arbeitsbedingungen bei ausländischen Tochtergesellschaften der Deutschen Telekom AG sind weiterhin schlecht. Das zeigt das „Schwarzbuch Telekom“, das mit Unterstützung unter anderem von ver.di und dem internationalen Gewerkschaftsdachverband UNI Global Union entstanden ist. Grundlage ist eine Umfrage unter rund 1800 Beschäftigten aus sieben Ländern in Süd- und Osteuropa sowie in den USA. Diese geben an, dass die Arbeitgeber mit zum Teil rüden Methoden gewerkschaftliches Engagement verhindern wollen. Außerdem würden

internationale Standards wie etwa die ILO-Kernarbeitsnormen missachtet. In allen Ländern berichten ArbeitnehmerInnen von Bedrohungen und Mobbing am Arbeitsplatz. Die Gewerkschaften fordern die Telekom auf, ein internationales Rahmenabkommen mit UNI Global Union abzuschließen, das eine effektive Umsetzung umfassender Arbeitnehmerrechte in allen Tochtergesellschaften weltweit gewährleistet. Das Schwarzbuch ist im Internet als Download verfügbar.

! www.wirerwartenbesseres.de

Anzeige



Hochschulen öffnen, Vielfalt fördern

Die Bundesregierung will den Hochschulpakt fortsetzen. Unter anderem soll beruflich Qualifizierten der Zugang zum Studium erleichtert werden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack erklärt, worauf es dabei ankommt.

Hochschulzugang. Unsere Arbeitswelt steht vor zentralen Herausforderungen: Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt ab, gleichzeitig erfordern viele Arbeitsplätze immer höhere Qualifikationen. Derweil zementiert unser Bildungswesen soziale Auslese. Mehr als 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung.

Auch in der Spitze leistet unser Bildungssystem zu wenig. Der Zugang zur Hochschule ist stark von der sozialen Herkunft geprägt. Die Türen zur Hochschule bleiben für beruflich Qualifizierte weitgehend verschlossen. Nur knapp zwei Prozent der Studierenden an den deutschen Hochschulen haben kein Abitur. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass es anders geht. In England und Wales liegt die Quote der beruflich Qualifizierten an den Hochschulen bei 15 Prozent, in Schweden und Österreich immerhin noch bei sechs Prozent. Nicht nur die soziale Spaltung, auch die strikte Trennung zwischen akademischer und beruflicher Bildung ist ein Kennzeichen des deutschen Bildungssystems.

Eine vorsichtige Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen mit Berufserfahrung versuchte die Kultusministerkonferenz im März 2009 in Stralsund. Dort haben die Bildungsminister den formalen Zugang zumindest etwas gelockert. So steht Meistern – zumindest nach der Gesetzeslage – jedes Studium offen. Jenseits des Meisters stoßen Menschen ohne Abitur jedoch noch immer auf ein föderales Flickwerk unterschiedlichster Zugangshürden – von mehrjähriger Berufserfahrung bis zur Aufnahmeprüfung.

Von echter Gleichbehandlung zwischen akademischer und beruflicher Bildung kann keine Rede sein. Wer es ernst meint mit der Durchlässigkeit im

„Die Hochschulen müssen lernen, mit Vielfalt produktiv umzugehen.“

Bildungswesen, muss deshalb die Hochschulen weiter öffnen und Zugangshürden abschaffen. An den Hochschulen brauchen wir einen Kulturwandel. Sie müssen endlich lernen, mit Vielfalt produktiv umzugehen.

Ein Blick auf andere europäische Staaten zeigt, die deutschen Studienformate sind zu wenig flexibel. Das Modell eines ganztägigen Präsenzstudiums ist für Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, nicht attraktiv. Vor allem der Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen ist überfällig. Dafür müssen verschiedene Lernarrangements bereit stehen, wie zum Beispiel E-Learning, Präsenzveranstaltungen sowie

Seminare an Wochenenden und in den Abendstunden. Dies darf aber nicht auf Kosten der Beschäftigten an den Hochschulen gehen und ist nur mit zusätzlichem Personal zu leisten.

Hochschulen müssen strukturierte Vorbereitungskurse für beruflich Qualifizierte in Zusammenarbeit mit Schulen, Bildungsträgern und Betrieben anbieten. Die Kompetenzen von Berufs- und Studienberatung müssen gebündelt werden. Außerdem gilt es, die spezifische Betreuung während der Studieneingangsphase zu verbessern und auf die verschiedenen Bedürfnisse der Studierenden auszurichten.

Doch Hochschulen müssen die Studierenden wirklich aufnehmen können. Schon heute leiden sie unter chronischer Unterfinanzierung. Die doppelten

„Die Hochschulen brauchen einen finanziellen Anreiz, um mehr beruflich Qualifizierte aufzunehmen.“

Abiturjahrgänge und die Abschaffung von Wehr- und Zivildienst tragen dazu bei, dass Menschen ohne Abitur kaum im Fokus der Hochschulen stehen. Deshalb fordert der DGB, den Hochschulen einen finanziellen Anreiz zu geben, mehr beruflich Qualifizierte aufzunehmen. Im neuen Hochschulpakt müssen die Studienplätze für beruflich Qualifizierte mit einem zusätzlichen Bonus von 50 Prozent pro Platz gefördert werden.

Es gibt Hoffnung – Bund und Länder wollen den Hochschulpakt zur Finanzierung von zusätzlichen Studienplätzen fortsetzen. Im reformierten Pakt soll auch der Zugang für beruflich Qualifizierte an Hochschulen verankert werden, heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Eine echte Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Abitur ist also in greifbarer Nähe. Noch in diesem Januar beginnen die Gespräche von Bund und Ländern über diesen Pakt. Notwendig ist, einen echten Bonus für beruflich Qualifizierte zu verankern und nicht bei vagen Absichtserklärungen zu bleiben.

Es ist Zeit, zu handeln. Gab es bis zum Jahr 2005 in Deutschland rund 340 Hochschulen, stieg die Zahl seither rasant auf mehr als 400 Hochschulen. Die meisten Neugründungen sind kleine, private Hochschulen, die maßgeschneiderte Angebote für beruflich Qualifizierte – allerdings zum Teil gegen horrenden Gebühren – anbieten. Die Nachfrage ist also da. Die öffentlichen Hochschulen dürfen diesen Trend aber nicht verpassen. ●

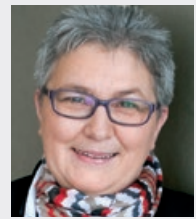


Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack ist stellvertretende DGB-Vorsitzende und unter anderem für Bildungspolitik zuständig.

Hochschulpakt fortsetzen

Studium. 2007 von Bund und Ländern initiiert, soll der Hochschulpakt die Herausforderungen durch doppelte Abiturjahrgänge an den Universitäten und Fachhochschulen bewältigen.

Union und SPD kündigen an, den Hochschulpakt zügig fortzusetzen. Ein Ziel der Koalitionäre ist dabei, mehr beruflich Qualifizierten den Zugang zur Hochschule zu eröffnen. Besonders die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung wollen sie in den Blick nehmen. So soll die Entwicklung und Verbreitung von „Brückenangeboten“ unterstützt werden. Zudem heißt es im Koalitionsvertrag: „Durch die Ausweitung des Wettbewerbs ‚Aufstieg durch Bildung – offene Hochschule‘ werden wir die Hochschulen bei der Entwicklung passgenauer Angebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten unterstützen.“

Im hochschulpolitischen Programm „Für eine demokratische und soziale Hochschule“ hat der DGB seine Forderungen zusammengefasst. ●

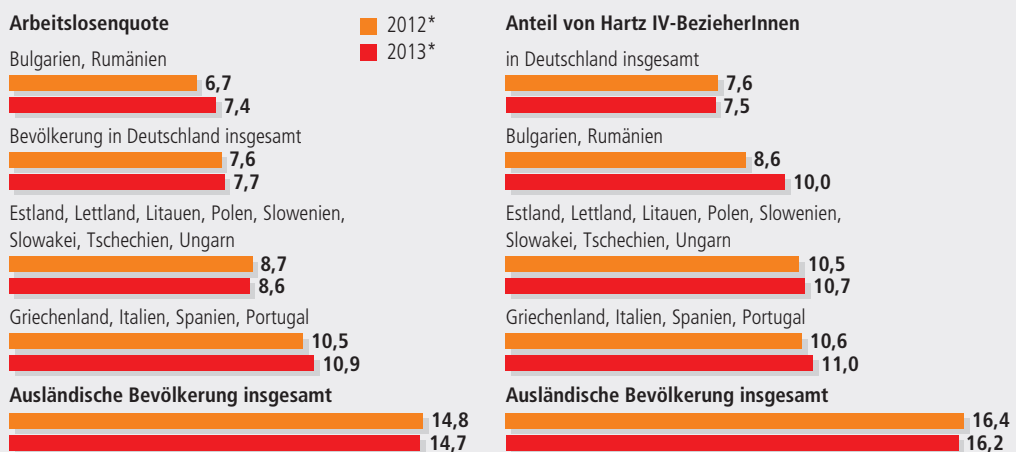
! www.dgb.de/-/5VV

● DIE DGB-GRAFIK

Rund 60 Prozent der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien im erwerbsfähigen Alter hatten 2013 einen Job. Das zeigt ein Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem weisen Bürger aus diesen Ländern im Vergleich zur übrigen ausländischen Bevölkerung eine geringere Arbeitslosen- und Hartz-IV-Quote auf. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach betont, dass von Armutszuwanderung keine Rede sein könne. Vielmehr müsste die Ausbeutung von mobilen Beschäftigten bekämpft werden.

EU-Freizügigkeit: Keine Gefahr für Sozialsysteme

Arbeitslosenquote und Anteil der Hartz IV-BezieherInnen unter ZuwandererInnen in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern (in Prozent)



* Stichtag jeweils 30. Juni

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2013

© DGB einblick 01/14

● PERSONALIEN

Die Delegierten der DGB-Bezirkskonferenz Rheinland-Pfalz und Saarland haben **Dietmar Muscheid**, 56, im Amt des DGB-Bezirksvorsitzenden mit 98,9 Prozent der Stimmen bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde sein Stellvertreter **Eugen Roth**, 56, mit 97,8 Prozent der Stimmen. Mit 88,2 Prozent der Stimmen haben die Delegierten der DGB-Bezirkskonferenz NRW **Andreas Meyer-Lauber**, 61, erneut zum Vorsitzenden des DGB-NRW

gewählt. Seine Stellvertreterin **Sabine Graf**, 53, wurde mit 78,6 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. **Uwe Polkaehn**, 58, ist auch in den kommenden vier Jahren DGB-Bezirksvorsitzender im DGB-Bezirk Nord. Die Delegierten der Bezirkskonferenz wählten ihn mit 95,7 Prozent erneut ins Amt. **Ingo Schlüter**, 53, wurde mit 91,4 Prozent als stellvertretender DGB-Bezirksvorsitzender wiedergewählt. **Dietmar Schäfers**, 58, stellver-

tretender IG BAU-Vorsitzender, ist neuer Vize-Präsident der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI). Neuer Präsident der BHI ist der Schwede **Per-Olof Sjöo**, 46. **Konrad Klingenburg**, 48, ist seit 1. Januar neuer Leiter des Berliner Büros des IG Metall-Vorstandes. Er war seit 2010 Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. **Marika Höhn**, 42, leitet die Abteilung nun kommissarisch.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (65 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent).

● TERMINE

21.1.

DGB und TU Berlin, Ringvorlesung, „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?“, Thema „Nachhaltige Energieversorgung und -nutzung“, Berlin

22.1.

DGB Bildungswerk, Workshop „Aus drei mach Eins – der neue Beruf Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“, München

23.1.

DGB Rheinland-Pfalz, Bistum Mainz und andere, Diskussion „Abstellgleis Minijob“, Mainz

25.1.

DGB Hessen-Thüringen, DGB-Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen, Bad Hersfeld

28.1.

DGB und TU Berlin, Ringvorlesung, „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?“, Thema „Nachhaltige und neue Arbeit“, Berlin

29.1.

DGB, Fachtagung „Energieeffizienz schafft Beschäftigung - Wie setzt man die Energieeffizienzrichtlinie im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um?“, Berlin

30./31.1.

Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Übergänge in die Rente – flexibel und abgesichert?“, Hannover

31.1.-1.2.

DGB Bayern, DGB-Bezirkskonferenz Bayern, Augsburg

1.2.

DGB Sachsen, DGB-Bezirkskonferenz Sachsen, Dresden

1.2.

DGB Baden-Württemberg, DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, Stuttgart

● SCHLUSSPUNKT

„Der gesetzliche Mindestlohn darf kein Schweizer Käse werden.“

Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** (SPD) in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Januar zur Diskussion über Ausnahmen beim Mindestlohn.

Gesundheitskarte

Foto ist Pflicht

Versicherte sind verpflichtet, zum Nachweis ihres Versicherungsschutzes ab dem 1. Januar 2014 die elektronische Gesundheitskarte zu benutzen. Es besteht kein Anspruch gegen die Krankenkassen auf Ausstellung eines anderweitigen Versicherungsnachweises. Sowohl die Nutzungspflicht als auch die Speicherung der Personaldaten auf der Karte sind durch ein überwiegendes Interesse der Versicherten-gemeinschaft gedeckt.

Das obligatorische Foto erleichtert die Identitätskontrolle und verhindert damit einen Missbrauch der Karte.

Sozialgericht Berlin,

Beschluss vom 7. November 2013 - S 81 KR 2176/13 E

Schließung einer Krankenkasse

Neue Stellen für Unkündbare

Eine Betriebskrankenkasse kann von der Aufsichtsbehörde geschlossen werden. In diesem Fall ist denjenigen Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis nicht durch ordentliche Kündigung beendet werden kann, eine andere zumutbare Stellung anzubieten. Für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis ordentlich gekündigt werden kann, gilt diese Regelung nicht.

Bundesarbeitsgericht,

Urteil vom 21. November 2013 - 2 AZR 474/12

Hartz IV

Kein Geld für Reise nach Australien

Das Jobcenter muss Kosten von rund 6500 Euro für den Besuch eines Hartz IV-Empfängers bei seinen in Australien lebenden Kindern selbst dann nicht übernehmen, wenn es sich bereits grundsätzlich zur Kostenübernahme einer derartigen Flugreise bereit erklärt hat.

Sozialgericht Berlin,

Beschluss vom 21. August 2013 - S 201 AS 19424/13 ER

Berufskrankheit

Kettenrauchen spricht dagegen

Stirbt ein Arbeitnehmer an Lungenkrebs, nachdem er 30 Jahre lang einen Tabakkonsum von 15 bis 20 Zigaretten pro Tag hatte, so spricht einiges dafür, dass das Rauchen die Ursache der Krebserkrankung war.

Macht die Witwe des Arbeitnehmers geltend, ihr Mann sei als Schweißer verstärkt Schadstoffen ausgesetzt gewesen, so muss sie beweisen, dass die Einwirkung der Schadstoffe wesentliche Ursache für die Krebserkrankung war.

Hessisches Landessozialgericht,

Urteil vom 23. August 2013 - L 9 U 30/12 ZVW

Hartz IV

Kein Geld für Eigentumswohnung

Die Übernahme von Tilgungsraten für eine Eigentumswohnung im Rahmen der Hartz-IV-Leistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen, da solche Leistungen auf die aktuelle Existenzsicherung beschränkt sind und nicht der Vermögensbildung dienen.

Sozialgericht Stuttgart,

Urteil vom 26. April 2013 - S 17 AS 2459/12

BAföG

Kann Unterhaltsanspruch ausschließen

Ein Kind kann von seinen Eltern keinen Unterhalt verlangen, wenn es seinen Bedarf durch BAföG-Leistungen decken kann.

Der Fall: Die 21 Jahre alte Frau studiert und wohnt bei ihrer Mutter. Ihr Vater, der von der Familie getrennt lebt, zahlt monatlich ca. 210 € Kindesunterhalt. Unter Hinweis auf ihr Studium hat die Studentin eine Erhöhung der Unterhaltsleistungen auf ca. 380 € verlangt. Einen Antrag auf BAföG-Leistungen hat sie nicht gestellt, um sich nicht schon zu Beginn ihres Berufslebens zu verschulden. Weil sie Verfahrenskostenhilfe beantragte, musste das Gericht über die Aussichten auf Erfolg einer Klage befinden. Diese wurden verneint.

Das Oberlandesgericht: Die Studentin hat ihre Unterhaltsbedürftigkeit nicht dargelegt. BAföG-Leistungen sind unterhaltsrechtliches Einkommen, das die Bedürftigkeit mindert. Im Unterhaltsrecht obliegt es, wenn nötig, dem Verpflichteten, ein Darlehn aufzunehmen, um seine Leistungsfähigkeit zu erhalten. Entsprechendes gilt aber auch für den Unterhaltsberechtigten, der – im Rahmen des Zumutbaren – eine Möglichkeit zur Kreditaufnahme ausnutzen muss, um nicht selbst unterhaltsbedürftig zu werden. BAföG-Leistungen werden zur Hälfte als Zuschuss und zur anderen Hälfte als unverzinsliches Darlehn gewährt. Wegen dieser günstigen Darlehnsbedingungen ist es einem Studierenden in der Regel zuzumuten, BAföG in Anspruch zu nehmen.

Oberlandesgericht Hamm,

Beschluss vom 26. September 2013 - 2 WF 161/13

Krankenversicherung

Effizienteste Prothese ist zu zahlen

Eine gesetzlich Krankenversicherte, der eine Hand und der Unterarm fehlen, hat Anspruch darauf, dass die Krankenkasse eine elektrische Unterarmprothese mit fünf beweglichen Fingern finanziert.

Der Fall: Der 24-jährigen Frau fehlen von Geburt an die linke Hand und der linke Unterarm. Sie beantragte bei ihrer Krankenkasse, sie mit der Unterarmprothese »i-Limb Ultra Hand« zu einem Gesamtpreis von gut 45 000 Euro zu versorgen. Dabei handelt es sich um eine Prothese, die elektrisch angetrieben und mit der natürlichen Muskelspannung der Haut gesteuert wird. Die Krankenkasse lehnte den Antrag ab mit der Begründung, die Frau könne auch mit einer rund 29 000 Euro günstigeren Prothese versorgt werden, bei der allerdings nur drei Finger bewegt werden können. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Krankenkasse muss die höheren Kosten für die Unterarmprothese »i-Limb Ultra Hand« übernehmen. Die Frau muss sich nicht auf eine »greifzangenähnliche« künstliche Hand verweisen lassen. Die »i-Limb Ultra Hand« besitzt wesentliche Gebrauchsvorteile gegenüber sonstigen Unterarmprothesen, bei denen nur drei Finger (wie eine Greifzange) einsetzbar sind. Hingegen können bei der »i-Limb Ultra Hand« sämtliche fünf Finger, insbesondere auch der Daumen, bewegt werden. So kann zum Beispiel ein Trinkglas sicher benutzt und sowohl der Schlüssel- wie auch der Spitzgriff durchgeführt werden. Hierdurch wird das Alltagsleben der Frau deutlich und effektiv erleichtert und deren rechte Hand entlastet. Es ist der Frau nicht zumutbar, sämtliche Alltagsverrichtungen, für welche die von der Krankenkasse angebotene künstliche Hand ungeeignet ist, mit der rechten Hand durchzuführen.

Sozialgericht Heilbronn,

Gerichtsbescheid vom 16. September 2013 - S 15 KR 4576/11